



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/08/2021
Sitzungsdatum: Donnerstag, 18.11.2021	Sitzungsbeginn: 14:30 Uhr	Sitzungsende: 16:47 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Michael Kern	Vertretung für Stadtrat Dr. Schickel
Herr Stadtrat Johann Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	Ab 14:56 Uhr, TOP 4
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	3
2. PCB Messungen im Stadttheater - Mündlicher Bericht von Herrn Engert und Herrn Fall	3
3. Sachstandsbericht MKKD	6
4. Sachstandsbericht Kultursommer 2021 (Referent: Gabriel Engert) Vorlage: V0989/21	7
5. Entwicklung eines touristischen Konzeptes zur Vermarktung des Themas „Frankenstein in Ingolstadt erleben“ mit Vertiefungsschwerpunkt Wunderl-Kasematte	8
. Frankenstein in Ingolstadt darstellen -Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP und JU vom 18.10.2020- V571/20	8
. (Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld) Vorlage: V1000/21	9
6. Einrichtung eines Kulturbeirates Einführung eines Klassikförderpreises Änderungen der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen	13
. Einrichtung eines Kulturbeirates -Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 18.03.2021- Vorlage: V0406/21	13
. Einführung eines "Klassikförderpreises" -Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.06.2021- Vorlage: V0506/21	14
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referenten: Herr Engert, Herr Müller) Vorlage: V0457/21	15
7. Ausstellungen 2022 (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0983/21	20
8. Projektgenehmigung zum Ausstattungskonzept 2021 bis 2025 zur Digitalisierung von Schulen in Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Ingolstadt; (Referenten: Herr Engert, Herr Kuch, Herr Hoffmann) Vorlage: V0986/21	20
9. Bildungssymposium Corona & Zukunft	23
. Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 27.09.2021 Vorlage: V0886/21	23
. Beschlussvorlage der Verwaltung (Referent: Herr Engert) Vorlage: V0993/21	24

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 11 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Kenntnisnahme

1 . **Aktuelle Information zum Kulturgesehen**

Herr Engert weist auf zwei Sachen der vorliegenden Unterlagen hin. Das erste sei der Fotoband, der von dem jungen Fotografen Schuktuew aus Kasachstan sei und Ingolstadt fotografiert und interessante Aspekte entdeckt habe. Das zweite, auf das Herr Engert hinweist, ist das Programmheft des Georgischen Kammerorchesters für die kommende Saison. Insgesamt sei es so, dass durch die wachsenden Infektionszahlen auch das Kulturleben betroffen sei, denn in allen Einrichtungen gelte die 2G-Regel und Maskenpflicht auch am Platz. Sowohl die Künstlerinnen und Künstler als auch die Zuschauer sehr verunsichert und das sei in diesem Bereich deutlich spürbar.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass angesichts der hohen Inzidenzen und der Situation in Krankenhäuser sich die Menschen überlegen wo sie hingehen und wo nicht. Es sei nun abzuwarten, wie sich die Situation entwickle und man hoffe, dass das Kulturleben nicht ganz zum Erliegen kommen müsse.

Herr Engert informiert, dass ab Sommer 2022 ein neuer Bücherbus zur Verfügung stehe, denn der alte sei in einem sehr schlechten Zustand. Der Bücherbus werde jedoch nicht mehr von der Stadt beschaffen, sondern gehöre der INKB und diese verleihe den Bus dann an die Stadt Ingolstadt und diese bezahle eine Abschreibungs- miete für den Bücherbus.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

2 . **PCB Messungen im Stadttheater - Mündlicher Bericht von Herrn Engert und Herrn Fall**

Herr Fall trägt vor, dass 2020 zum ersten Mal Raumluftmessungen bezüglich PCB durchgeführt und dabei drei Messungen vorgenommen worden seien. Zwei davon seien deutlich unter dem Vorsorgewert gewesen und ein Wert im mittleren Foyer knapp darüber. Ein weiteres Mal sei dann im Sommer 2021 bei wärmeren Temperaturen gemessen worden. Dabei habe man wieder im mittleren Foyer und in sieben zusätzlichen Räumen gemessen. Bei fünf Messungen sei der Wert deutlich unter dem Vorsorgewert von 300 gewesen und bei den restlichen drei Messungen

überdem Vorsorgewert und unter dem Eingriffswert. Man habe dann nach PCB-Richtlinie gehandelt und habe versucht die Quellen aufzuspüren, um die Räume zu lüften und reinigen. Es handelte sich um den Maskenraum bei der Werkstattbühne, um den Regieraum im großen Haus und das mittlere Foyer. Das Problem beim mittleren Foyer sei dadurch entstanden, dass seit mehreren Monaten durch den Lock-down nicht gelüftet wurde, doch Herr Fall denkt, dass das Problem gelöst werden könne in dem die Lüftung eingeschaltet werde. Bei den zwei anderen Räumen sei das PCB in den Abhangdecken festgestellt worden, daher sei es wichtig diese Decken auszubauen. Im restlichen Gebäude seien die Decken bereits im Jahr 2008 ausgebaut worden, so Herr Fall. Wieso jedoch diese beiden Räume damals nicht dabei gewesen sind, könne er leider nicht beantworten. Bei den anderen Messergebnissen sei jedoch gut ersichtlich, dass der Ausbau der Decken eine gute Maßnahme gewesen sei, denn dort habe man relativ geringe Messwerte. Herr Fall teilt außerdem mit, dass Frau Schlieker von der Ingenieurgesellschaft für Gefahrenstoffanalyse für detaillierte Fragen dabei sei.

Bürgermeisterin Dr. Denke-Stoll bedankt sich für den Vortrag und möchte in Erfahrung bringen, ob nach der Lüftung im Foyer noch einmal eine Prüfung stattgefunden habe.

Herr Fall ist auch der Meinung, dass das Ganze dann noch einmal unter Nutzungsbedingungen geprüft werde soll. Normal werde einen Tag vor der Messung die Lüftung ausgestellt, doch in diesem Fall sei mehrere Monate nicht gelüftet worden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll zeigt auf, dass es ihr wichtig sei, dass Besucherinnen/ Besucher und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sich wohlfühlen und hofft, dass auch wie 2008 das Ausbauen der Decken helfe.

Herr Engert schildert, dass es in den Jahren 2008 bis 2010 bereits eine Sanierung des Verwaltungstraktes stattgefunden habe. Es seien damals die Fenster ausgetauscht worden und alle Decken entfernt worden und bis heute seien dort nur die Betondecken. Wieso bei den zwei restlichen zwei Räumen die Decke nicht entfernt wurde sei heute nicht mehr nachvollziehbar. Doch dies sei dringend nachzuholen, da die Decken eindeutige PCB-Quellen seien, so Herr Engert.

Stadträtin Krumwiede ist der Meinung, dass die Messbedingungen bei PCB-Messungen immer im schlechtesten Fall sein müssen, das bedeute mindesten 24 Stunden davor nicht lüften und eine hohe Raumtemperatur, da sich das Dioxin haltige PCB bei einer Temperatur um 5 Grad verdreifachen könne. Sie bittet daher um Zusendung aller vorhandenen Messberichte. Stadträtin Krumwiede betont, dass es für sie nicht verständlich sei, wieso der Festsaal nach der Schadstoffsanierung nicht noch einmal gemessen worden sei und man daher nicht wisse, ob es sich dort verbessert habe oder nicht. Des Weiteren halte sie es für notwendig, Materialproben zu entnehmen, da sich das PCB in verschiedene Materialien einfressen könne und es sei auch wichtig sekundär Quellen zu untersuchen zum Beispiel die Bestuhlung, die Büros oder auch den Theatervorhang. Stadträtin Krumwiede hält es auch für sinnvoll, den Mitarbeitern des Theaters Bluttests anzubieten, denn die seien zum Teil sehr verunsichert und nur so könne Klarheit geschaffen werden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll befürwortet den Vorschlag von Stadträtin Krumwiede bezüglich der Bluttests um Klarheit zu bekommen.

Stadträtin Volkwein möchte Auskunft darüber, was der Ursprung für das Ganze sein könnte.

Frau Schlieker erklärt, dass es sich bei PCB um einen Weichmacher handle und die Weichmacherfunktion sei dann zur Massenverwendung in dauerelastische Fugen gekommen und aus Flammschutzgründen seien auch die Holzplatten im Theater bearbeitet worden. Des Weiteren gebe es noch Latex ähnliche Anstriche die vielseitig eingesetzt worden sein. Doch im Theater sei es so, dass man anhand der Zusammensetzung des PCBs definitiv sagen könne, dass es die Deckenplatten seien und nicht die Gebäudefugen. Bei den Raumluftmessungen der 8 Räume seien Messwerte von 11 und 50 rausgekommen, das bedeute man liege weit unter den 300 und somit sei nachgewiesen, dass die Sanierungsmaßnahmen von 2008 erfolgreich gewesen sein.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bittet um Auskunft, ob eine Blutuntersuchung weitere Sicherheit bringen würde.

Frau Schlieker trägt vor, dass über das Blut PCB nachgewiesen werden könne, allerdings sei dann nicht gewiss, ob dies auch wirklich vom Theater komme, denn der Stoff sei weit verbreitet.

Herr Fall zeigt auf, dass es auch ein großes Problem sei, dass in diesem Maskenraum keine Lüftung vorhanden sei. Deshalb sei man gerade in Abstimmung mit dem Theater, einen anderen Raum für die Maske zu finden, in dem gelüftet werden kann und dieser dann mit dem bisherigen Lagerraum getauscht werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass es sehr wichtig sei, die festgestellten Defizite umgehend zu beheben.

Stadträtin Krumwiede stimmt Frau Schlieker zu, dass wenn die primären Quellen beseitigt seien, dass sich dann das PCB verringere. Dennoch ist sie der Meinung, dass das PCB nie ganz weg gehe und deshalb unbedingt im Festsaal eine Nachmessung stattfinden müsse. Bezüglich der Blutuntersuchung erklärt Stadträtin Krumwiede, dass es sich dabei um eine Kohorte handle und wenn bei mehreren Mitarbeitern höhere PCB Werte festgestellt werden, dann könne man daraus Rückschlüsse bilden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll regt an, dass bezüglich des Bluttestes das Gesundheitsamt einbezogen werden soll.

Herr Fall informiert, dass Herrn Engert alle Unterlagen zu den Messergebnissen vorliegen und er diese verteilen könne.

Herr Engert teilt mit, dass die Messergebnisse dem Protokoll beigefügt werden.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Kennntnisnahme

3 . Sachstandsbericht MKKD

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass die heutige Besichtigung aufgrund der aktuellen Pandemie abgesagt worden sei.

Herr Hoffmann erläutert den aktuellen Stand anhand einer PowerPoint Präsentation die dem Protokoll beigefügt wird.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bedankt sich für den Bericht und merkt an, dass es beruhigend sei zu sehen, dass nun alles gut im Rahmen laufe.

Stadtrat Lipp wirft die Frage auf, wie viel Kubikmeter Beton inklusive Bohrpfähle und Bodenplatte verbaut werde.

Herr Hoffmann schildert, dass er diese Informationen über die Bauleitung abfragen werde und dem Protokoll beifügen werde.

Protokollanmerkung von Herrn Hoffmann:

Gerundet ergeben sich daraus folgende Summen/Massen/Mengen

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------|
| • Bohrpfahlarbeiten (Pfähle + Roste) | ca. 1.100 m ³ |
| • Magerbetonhinterfüllung Südseite | ca. 900 m ³ |
| • Bodenplatte | ca. 2.000 m ³ |
| • Wände | ca. 1.000 m ³ |
| • Decken | ca. 1.250 m ³ |

Gesamt Kubatur Beton

ca. 6.250 m³

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

- 4 . **Sachstandsbericht Kultursommer 2021**
(Referent: Gabriel Engert)
Vorlage: V0989/21

Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung nimmt den Sachstandsbericht zum Kultursommer 2021 zur Kenntnis. Da die Veranstaltung noch nicht abgeschlossen ist, kann die Abrechnung erst in einer der nächsten KBA-Sitzungen vorgestellt werden.

Herr Engert berichtet über das Thema Kultursommer eine Aktion vom Bund gewesen sei und massiv mitfinanziert worden sei um, um nach der Corona-Pandemie das Kulturleben wieder starten zu können. Das Kulturamt habe kurzfristig einen Antrag gestellt und daraufhin seinen dann eine Fördersumme von 500.000 Euro für verschiedene Programmpunkte zur Verfügung gestellt worden. Herr Klein stellt dies in einer PowerPoint Präsentation vor, die dem Protokoll beigefügt wird.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll betont, dass es sehr wichtig sei, die Stadt kulturell zu beleben. Sie wirft die Frage auf, ob eventuell das Event „Wir im Quartier“ im Februar nachgeholt werden können. Jedoch seien erst die Kosten etc. zu prüfen.

Herr Klein ergänzt zur Präsentation, dass man grundsätzlich das Signal von den Fördermittelgebern bekommen habe, dass wenn kurzfristig abgesagt werden müsse, die Fördergelder nicht gestrichen werden.

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

5 . Entwicklung eines touristischen Konzeptes zur Vermarktung des Themas „Frankenstein in Ingolstadt erleben“ mit Vertiefungsschwerpunkt Wunderl-Kasematte

Kenntnisnahme

Frankenstein in Ingolstadt darstellen
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP und JU vom 18.10.2020-
Vorlage: V571/20

Antrag:

die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt folgenden

Prüfantrag:

Die Verwaltung möge prüfen, wie sich das Thema Frankenstein in einer wissenschaftlichen und einer populären Variante in Ingolstadt darstellen lässt.

Begründung:

Ingolstadt ist die weltweit bekannte Wirkstätte der Hauptfigur eines kanonischen Romans. Der Mythos um Frankensteins Streben nach dem künstlichen Menschen liefert treffliche Anbindungen an höchst aktuelle ethische und moraltheoretische Debatten um die Grenzen der Wissenschaft. Eine Thematisierung in Form einer attraktiven Dauerausstellung würde das museale Angebot Ingolstadt aufwerten.

Gleichwohl ist Frankenstein als weltweite Projektionsfläche für die „gruselige“ Seite des Menschen auch die ideale Basis für populäre Dungeons („Grusel-kabinette“), die etwa in London, Amsterdam oder Berlin wahre Besucher-magneten sind. Die seit 1995 angebotene, sehr erfolgreiche Gruselstadt-führung ("Dr. Frankensteins Mystery Tour") zeigt, wie stark die Anziehungskraft einer populären Vermittlung des Themas ist.

Als Stadt sollten wir unterschiedliche Varianten erarbeiten und diskutieren, wie die Verbindung von Frankenstein und Ingolstadt so dargestellt werden kann, dass sowohl für Einheimische wie für Besucher ein attraktives dauerhaftes Angebot entsteht.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V1000/21.

Kenntnisnahme

**Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referent: Herr Prof. Dr. Rosenfeld)
Vorlage: V1000/21**

Antrag:

1. Die IFG entwickelt zusammen mit der Kernverwaltung ein touristisches Konzept zum Thema „Frankenstein in Ingolstadt erleben“. Im Rahmen eines deutschlandweiten Ausschreibungsverfahrens soll eine Fachagentur für Stadtentwicklung/Eventmanagement mit der Ausarbeitung eines Inszenierungs- und touristischen Vermarktungskonzepts beauftragt werden.
2. Das touristische Konzept soll auch Vorschläge enthalten, wie die Wunderl-Kasematte denkmalschonend als ein Ort inszeniert werden kann, um Frankenstein in Ingolstadt erlebbar zu gestalten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass dies ein sehr schönes Projekt werden könne, auch wenn Frankenstein historisch nicht optimal an diesen Ort passe.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld trägt vor, dass Frankenstein ein unumstrittenes wichtiges Motiv für Ingolstadt und den Tourismus sei, insbesondere durch die unterschiedlichsten Formen der Verfilmungen, die weltweit bekannt seien. Eine bessere Nutzung dieses Motives trage auch dazu bei, Ingolstadt bekannter zu machen. Sinnvoll sei das Ganze allerdings nur, wenn man ein touristische Gesamtkonzept integriere und zunächst versuche, über einen Ideenwettbewerb das Gesamtkonzept über die gesamte Geschichte für Ingolstadt zu verfassen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es eine Idee einer Verortung gebe, die man dann im Gesamtkonzept konkret ausgestallten könne. Die IFG werde das Ganze für die ITK übernehmen und der Ideenwettbewerb sei auch schon am Wirtschaftsplan für 2022 angemeldet worden.

Frau Preßlein-Lehle erläutert die baulichen Seiten anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt wird. Ebenso wolle sie dem Eindruck des Donaukurier Artikel entgegen, dass dort kein Musical aufgebaut werden solle. Sie beschreibt, dass die Wunderl-Kasematte und die Bürstenfabrik zwei Baudenkmäler im Stadtgebiet seien,

die in einem sehr schlechten Zustand seien und wo das Nutzungskonzept fehle. Die Bürstenfabrik sei zwar im privaten Eigentum aber die Wunderl-Kasematte sei Eigentum der Stadt. Frau Preßlein-Lehle zeigt auf, dass die Hofsituation sehr beeindruckend sei und der zerstörte Flügel im Westen eigne sich für ein Funktionsgebäude. Ihr sei bewusst, dass die Festung nichts mit Frankenstein zu tun habe, doch das sei kein Hindernis, dafür diesen Ort in Szene zu setzen und das Ganze erlebbar machen. Auch für die Stadtentwicklung könne das sehr hilfreich sein.

Stadträtin Volkwein ist der Meinung, dass Frankenstein in Verbindung mit der Alten Anatomie stehe und deshalb das neue Konzept nicht optimal sei. Für Stadtführungen sei der Weg in das nördliche Ende der Altstadt zu weit, deshalb schlägt Stadträtin Volkwein vor, Busparkplätze auf den Parkplatz einzurichten, denn ansonsten sei ein touristisches Konzept nicht einbringbar.

Dr. Schuhmann denkt, dass die Wunderl-Kasematte nur eine Notlösung und kein geeigneter Ort für Frankenstein sei. Es seien genau drei Orte geeignet: Die Hohe Schule, die Alte Anatomie und deren Garten. Er hofft dennoch, dass der Raum in der alten Anatomie erhalten werde und bedauere sehr, dass dieser nicht weiter ausgebaut werden könne. In der Wunderl-Kasematte seien viele andere Ideen wegen bautechnischen Gründen nicht umsetzbar gewesen und Frankenstein sei für ihn daher nur eine Notlösung in der Wunderl-Kasematte. Die Wunderl-Kasematte sei zu weit von den drei Universitäten weg und daher sei es eine Fehlentscheidung, so Stadtrat Dr. Schuhmann.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Ansicht, dass trotzdem eine Lösung für die Wunderl-Kasematte gefunden werden müsse.

Frau Preßlein-Lehle hebt hervor, dass ihr sehr wohl bewusst sei, dass die Wunderl-Kasematte zeitlich nicht passe und auch weiter weg sei, doch sie ist der Meinung, dass wenn Touristen aus einer fremden Stadt kommen das Thema Frankenstein auf unterschiedlichen Arten nähergebracht werden solle. Einmal streng wissenschaftlich in der Anatomie und dann auf spielerische Art in der Wunderl-Kasematte. Eine Aufgabenstellung dieses Gesamtkonzeptes sei auch, wie die einzelnen Orte in einer Stadtführung verbunden werden können, um die unterschiedlichen Orte und Niveaus zusammen zu bringen.

Herr Engert merkt an, dass wenn Frankenstein mehr in Verbindung mit Ingolstadt gebracht werden soll, man auch einen festen Ort dafür benötige, um die Verbindung sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Des Weiteren ist er der Ansicht, dass Frankenstein nur in den Köpfen der Ingolstädter mit der alten Anatomie verbunden sei, denn der Roman gebe keine genaue Topographie in Ingolstadt vor. Daher denkt Herr Engert, dass die Wunderl-Kasematte gut dafür geeignet sei. Selbstverständlich bleibe auch der Raum in der alten Anatomie bestehen, dort werde ganz anders an dieses Thema herangegangen.

Stadtrat Achhammer denkt, dass es ein guter Versuch sei, die Wunderl-Kasematte und das Thema Frankenstein weiter zu bringen. Jedoch dürfe die historische Bedeutung der Wunderl-Kasematte und der historische Bezug zur Stadtmauer nicht verloren gehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass die Wunderl-Kasematte im Moment nicht schön anzuschauen sei und es egal sei, ob dort Frankenstein oder etwas anderes abgebildet werde.

Stadträtin Leininger ist auch der Ansicht, dass Frankenstein zusammen mit der Gründung der Universität gesehen werden müsse. Des Weiteren bringt sie vor, dass es in Ingolstadt nicht nur Frankenstein als fiktive Figur gegeben haben, sondern auch Dr. Faustus. Das bedeute, man brauche gleichwohl auch einen Ort, wo man sowohl die Fragen des Wissenschaftsdramas der Figur Frankenstein als auch an Dr. Faustus anknüpfe.

Frau Preßlein-Lehle führt aus, dass wenn man Frankenstein nur als Schauerromanfigur betrachte, das Thema dann zu kurz greife, doch wenn man das Thema in das 21. Jahrhundert transformiere, dann sei es attraktiv und erfülle die Vorstellungen. Aus dem Bau solle kein großes architektonisches Konzept gemacht werden, doch ein Neubau könne sehr wohl die Zukunft an einem Ort verdeutlichen, der die Vergangenheit Ingolstadts darstelle. Frau Preßlein-Lehle ist der Meinung, dass die Stadt erlebbar und anfassbar gemacht werden soll und nicht nur als ein Konzept oder in der Anatomie auffindbar sein soll. Ingolstadt solle dabei jedoch nicht unter dem Schatten von Frankenstein stehen, doch das Thema sei so bekannt und auch gut für die Stadt, um mehr Touristen für die Stadt zu gewinnen.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld betont, dass auch im Antrag der FDP/JU stehe, dass es um eine wissenschaftlich intellektuelle Variante der Geschichte Frankenstein und um eine touristische Ausprägung gehe. Die Technische Hochschule Ingolstadt habe vor einiger Zeit ein internationales Social Media Marketing Format gestartet und dazu einen kleinen YouTube Film gedreht in dem Fr. Dr. Ruisinger und er ein Fachgespräch in der alten Anatomie über den Roman Frankenstein führten und die Aspekte beleuchteten. Er verweist auf die große Spannweite des Themas Frankenstein und dass es eine wissenschaftlich-intellektuelle Dimension und eine touristische Ausprägung habe. Um beides zu verbinden, brauche man "eine Gesamtstory", das sei der richtige Ansatz, so Prof. Dr. Rosenfeld

Stadträtin Hagn bedankt sich für die Annahme des Themas und dass der Antrag als Gesamtkonzept verstanden worden sei, bei dem sowieso die wissenschaftliche als auch die populäre Seite Berücksichtigung finde und dadurch auch die touristische Ebene noch interessanter gestalten könne doch sie stellt in Frage, ob es eine Rolle spiele, ob die Ausstellung historisch genau zum Datum passe. Sie merkt an, dass es klar sei, dass man mit der Wunder-Kasematte vorsichtig umgehe und das auch von den Referenten geplant sei. Es sei zwar schön, wenn man etwas historisch einmauere und bewahren wolle, doch dann werde nie Geld fließen, wenn man keinen Nutzen habe, daher sei sie sehr erfreut über den Ansatz der Planungen.

Stadtrat Reibenspieß ist der Meinung, dass die Anatomie oder die Hohe Schule nicht die Orte seien, an dem die künstliche Figur Frankenstein geschaffen wurde. Da schon viele Referate dem Antrag zugestimmt haben und auch er der Meinung sei, dass das Thema Frankenstein viel intensiver verwertet werden müsse und es sei sehr froh über diesen Prüfungsantrag.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

6 . **Einrichtung eines Kulturbeirates**
Einführung eines Klassikförderpreises
Änderungen der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen

Beratung

. **Einrichtung eines Kulturbeirates**
-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 18.03.2021-
Vorlage: V0406/21

Antrag:

In jüngster Zeit wurde wiederholt die Einrichtung eines Kulturbeirates in Ingolstadt ins Gespräch gebracht, wie z.B. im Rahmen der Themenwerkstatt „Stadtaktion“ beim Runden Tisch Innenstadt. Offensichtlich gibt es seitens der Kulturszene das Bedürfnis nach mehr Vernetzung und mehr Mitsprache bei kulturpolitischen Entscheidungen. Auch für die Arbeit des Kultur- und Bildungsausschusses wäre fachliche Mitberatung und ein Votum seitens der Kulturszene zu einzelnen Anträgen und Verwaltungsvorlagen eine Bereicherung unseres demokratischen Systems. Ein regelmäßig tagender Kulturbeirat könnte zur stärkeren Vernetzung innerhalb der Kulturszene beitragen und die Zusammenarbeit der Stadt mit kulturellen Institutionen, Vereinen und der freien Kulturszene fördern.

Während bisher in der Regel Einzelstimmen aus der Kulturszene zu kulturellen Fragen Wahrnehmung fanden im politischen Raum, würde ein Kulturbeirat das demokratische Meinungsbild der gesamten Kulturszene widerspiegeln. In zahlreichen deutschen Städten, darunter auch Augsburg und Würzburg, hat sich die Einrichtung eines Kulturbeirates bereits bewährt, in München hat sich der Stadtparteitag im September 2020 mit großer Mehrheit für die Einrichtung eines Kulturbeirates entschieden.

Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN beantragt daher **die Einrichtung eines Kulturbeirates für Ingolstadt**

unter Berücksichtigung folgender Rahmenbedingungen:

- Der Ingolstädter Kulturbeirat sollte sich zusammensetzen aus zehn gewählten Vertreter*innen der Ingolstädter Kulturinstitutionen, der Vereine des Kulturbereichs wie „Künstler an die Schulen e.V.“, „KulturKAP e.V.“, „BBK Oberbayern Nord und Ingolstadt e.V.“, „Kunst und Kultur Bastei e.V.“ und Ingolstädter Vertreter*innen der freien Szene unterschiedlicher Kunst- und Kultursparten, die im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens nominiert werden. Auch Mitglieder des Kultur- und Bildungsausschusses sowie des Kulturamtes sollten dem Kulturbeirat angehören.
- Im Dreijahres-Rhythmus sollte ein personeller Wechsel aller Mitglieder erfolgen.
- Der Ingolstädter Kulturbeirat sollte mindestens drei Mal pro Jahr tagen und könnte bei Bedarf im Vorfeld des Kultur- und Bildungsausschusses zusammenkommen.
- Aufgaben des Ingolstädter Kulturbeirates sollten beinhalten: Beratung und Unterstützung des Kulturausschusses sowie die Einbringung von Eigeninitiativen, Teilnahme von Beiratsmitgliedern an Kulturausschusssitzungen und Stellungnahmen zu einzelnen Anträgen und Verwaltungsvorlagen.

Begründung:

Die Einrichtung eines Kulturbeirates würde den Austausch zwischen Stadtrat, Verwaltung und Kulturszene zu kulturpolitischen Fragen institutionalisieren und könnte dem Kultur- und Bildungsausschuss wichtige Impulse geben. Dadurch würde auch das gegenseitige Verständnis gefördert, mehr Transparenz hergestellt über die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse sowie mehr Teilhabe und Mitbestimmung für die gesamte Ingolstädter Kulturszene gewährleistet.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0457/21.

Beratung**Einführung eines "Klassikförderpreises"**

**-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.06.2021-
Vorlage: V0506/21**

Antrag:

Unter den bisherigen Preisträger*innen der Ingolstädter Kunst-, Kultur- und Kunstförderpreise befinden sich überwiegend Bildende Künstler*innen und nur wenige klassische Musiker*innen. Von insgesamt 40 Preisträger*innen wurden bis 2020 gerade einmal zwei Interpret*innen klassischer Musik ausgezeichnet: der Organist Franz Hauk (Kunstförderpreis 1984) und der Bratschist Roland Glassl (Kunstförderpreis 2000). Zudem erhielten der Komponist Franz Hummel im Jahr 2000 den Kunstpreis und Eva-Maria Atzerodt als Leiterin des Jugendkammerchors 2016 den Kulturpreis. Einen Preis der Stadt für einzelne herausragende Ingolstädter Nachwuchstalente speziell im Bereich der klassischen Musik analog zum Jazzförderpreis gibt es bisher nicht. Zwar vergibt der Konzertverein einen „Musikförderungspreis“. Dieser richtet sich allerdings nicht speziell an Ingolstädter Musiker*innen, sondern an Student*innen bayerischer Musikhochschulen bzw. bayerischer Konservatorien. Hinsichtlich dotierter Preise der Stadt für regionale Interpret*innen klassischer Musik gibt es folglich ein Förderdefizit, das durch einen Klassikförderpreis ausgeglichen werden könnte. Ausgezeichnet werden sollten besonders talentierte Interpret*innen klassischer Musik aus Ingolstadt, die bei Landes- und Bundeswettbewerben von „Jugend musiziert“ sowie vergleichbaren Klassik-(Jugend-)Musikwettbewerben Preise erhalten haben und/oder regelmäßig herausragende Leistungen bei Konzerten im semi-professionellen Bereich und an Schulen präsentieren, die sich auf ein Musikstudium vorbereiten oder ihr Studium begonnen haben und sich am Anfang ihrer Karriere befinden.

Wir beantragen daher die

Einrichtung eines jährlich zu vergebenden Klassikförderpreises

Begründung:

Die Ausbildung im klassischen Gesang oder als klassische/r Musiker*in ist äußerst kostspielig. Meist wird Privatunterricht benötigt und dies schon etwa ab dem 6. Lebensjahr. Ohne ein passables Übe-Instrument können keine befriedigenden Erfolge erzielt werden. Gute Instrumente sind teuer, hinzu kommen Ausgaben für Musikverlagsnoten. Stipendien für Schüler*innen sind rar gesät und die Preise bei nationalen und regionalen Jugendmusikwettbewerben üblicherweise nicht mit einem nennenswerten Preisgeld verbunden. Preisträger*innen beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ erhalten z.B. in der Regel gar kein Preisgeld.

In Ingolstadt gibt es einige vielversprechende klassische Instrumentalist*innen, was u.a. das hohe Niveau einzelner Interpret*innen bei diversen (Schul-)Konzerten und die rege Teilnahme am jährlich stattfindenden Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ zeigt. In diesem Jahr schafften es sogar fünf Ingolstädter Schüler*innen bis zur Bundesebene dieses renommierten Jugendmusikwettbewerbs. Für besonders talentierte junge klassische Musiker*innen aus Ingolstadt wären die Anerkennung und das Preisgeld im Rahmen eines Klassikförderpreises durch die Stadt eine motivierende Würdigung und eine willkommene finanzielle Unterstützung. Durch die mit der Auszeichnung verbundene Aufmerksamkeit könnten sich für sie zusätzliche Konzertmöglichkeiten ergeben. Die jährliche Vergabe eines jurierten Klassikförderpreises analog zum Jazzförderpreis würde ein Gleichgewicht herstellen bei den städtischen Auszeichnungen junger Musiker*innen dieser beiden Musikgenres.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0457/21.

Beratung

Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)
Vorlage: V0457/21

Antrag:

1. Der Einrichtung eines Kulturbeirates wird zugestimmt.
2. Mit Einrichtung des Kulturbeirates wird die Kunstpreiskommission aufgelöst und ihre Aufgaben werden dem Kulturbeirat übertragen.
3. Die Geschäftsordnung für den Kulturbeirat der Stadt Ingolstadt wird entsprechend der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage beschlossen.
4. Dem Vorschlag der Einführung eines jährlichen Klassikförderpreises, dotiert mit einem Preisgeld in Höhe von 3000.- Euro, wird zugestimmt. Die Entscheidung über die Vergabe trifft der Stadtrat auf Vorschlag des Kulturbeirates.
5. Die Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen vom 12. Dezember 1996, zuletzt geändert mit Beschluss des Stadtrats vom 18.06.2020, werden wie folgt geändert:

- 1) § 1 erhält folgende Fassung:
Die Stadt Ingolstadt verleiht jährlich einen Kultur- oder Kunstpreis, der mit jeweils 6.000,00 EUR dotiert ist. Zusätzlich zum Kultur- oder Kunstpreis können jährlich ein mit 3.000,00 EUR dotierter Kunstförderpreis und ein mit 3.000,00 EUR dotierter Klassikförderpreis verliehen werden.
Außerdem verleiht die Stadt Ingolstadt im zweijährigen Rhythmus einen Marieluise-Fleißer-Preis, der mit 10.000,00 EUR dotiert ist (siehe hierzu die Statuten für die Verleihung des Marieluise-Fleißer-Preises vom 03. Dezember 2014 in der jeweils geltenden Fassung).
- 2) § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nr. 4 eingefügt:
Der Klassikförderpreis wird verliehen als Anerkennung für Leistungen auf dem Gebiet der klassischen Musik. Gewürdigt wird nicht ein bestimmtes Werk, sondern die künstlerische Persönlichkeit, deren Schaffen eine fortschreitende Entwicklung verspricht.
 - b) Die bisherige Nr. 4 wird Nr. 5; die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6.
 - c) In Nr. 5 wird der Satzteil „Preisträger können alle Personen sein, die“ durch den Satzteil „Die genannten Preise können an alle Personen verliehen werden, die“ ersetzt.
- 3) § 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:
Das Vorschlagsrecht für die Verleihung der Preise haben der Oberbürgermeister/
die Oberbürgermeisterin, die Fraktionen des Stadtrates der Stadt Ingolstadt und die Mitglieder des Kulturbeirates, die Anregungen aus allen Bevölkerungskreisen entgegennehmen können.
- 4) § 4 erhält folgende Fassung:
Die Vorschläge werden durch den Kulturbeirat geprüft (siehe hierzu die Geschäftsordnung des Kulturbeirates). Der Kulturbeirat unterbreitet dem Stadtrat einen Vorschlag für die Vergabe der Preise.

Herr Engert ist der Meinung, dass auf Grund der Größe, die die Kulturszene in Ingolstadt inzwischen erreicht habe, es wichtig sei, ein solches Gremium einzurichten, um Kontakt zwischen der Stadtpolitik und der freien Kulturszene herstellen zu können. Er führt aus, dass man sich mit dem Thema sehr intensiv beschäftigt habe und auch Beiratsatzungen verschiedener Städte angeschaut worden seien, unter anderem auch Würzburg. Der Vorschlag liege nun heute zur Diskussion vor, da man der Meinung ist, dass so am effektivsten die Kulturszene der Stadt abgebildet werde. Ein weiterer Vorschlag sei, dass die Kunstpreiskommission aufgelöst werde,

da Kunstförderpreis und Klassikförderpreis im Kulturbeirat vergeben werden könnten und es keine extra Kommission mehr dafür benötige und so auch eine Sitzung eingespart werden könne.

Stadtrat Dr. Schuhmann ist verwundert, dass es diesen Kulturbeirat bisher noch nicht gegeben habe, denn es gebe bereits sehr viele andere Beiräte in Ingolstadt. Er vermutet, dass die Kulturvereine bisher einen sehr guten Draht zu den Referenten und Stadträten haben, denn bisher habe es offensichtlich auch ohne den Beirat funktioniert und es habe bisher auch nie den Wunsch von einem Kulturverein bezüglich eines Beirates gegeben. Des Weiteren führt Stadtrat Dr. Schuhmann aus, dass es sinnvoll sei, dass auch die Mitglieder des Kulturausschusses Teil des Beirates sein, obwohl es bereits ein sehr großes Gremium von 37 Personen sei, halte er es für eine gute Idee, dass wie auch in Würzburg ein Vertreter des Behindertenbeirates mit aufgenommen werden solle. Des Weiteren erkundigt er sich, bezüglich der Schriftführung, wer dies im Kulturbeirat übernehmen solle.

Herr Engert führt aus, dass die Schriftführung von Referat IV übernommen werde, da er der Meinung ist, dass die Aufgabe des Schriftführers nicht jemand Gewähltes aus dem Kreise sein könne, sondern von Referat IV übernommen werde.

Stadträtin Krumwiede betont, dass es nicht die Idee der Grünen gewesen sei, einen Kulturbeirat einzurichten. Sie ist der gleichen Meinung wie Stadtrat Dr. Schuhmann, denn es habe bisher kein Bedürfnis für einen Kulturbeirat geben, doch in der Corona-Zeit habe sich das Ganze zugespitzt und deshalb sei es nun wichtig, diesen Beirat zu schaffen. Obwohl der Kulturbeirat aus ziemlich vielen Personen bestehe, ist sie der Ansicht, dass die Zusammensetzung mit Vertreterinnen und Vertretern der Bildung und Kultur tolle Synergieeffekte gebe. Eine gute Lösung sei auch, dass selbstverständlich Vertreterinnen und Vertreter aus den Religionsgemeinschaften aus dem Migrationsbereich und aus dem Inklusionsbeirat themenspezifisch eingeladen werden.

Stadtrat Köhler regt an, dass es sinnvoll sei, bezüglich des Georgischen Kammerorchesters den Geschäftsführer aufzunehmen, denn der Künstlerische Leiter sei nicht so oft in Ingolstadt.

Stadträtin Hagn stimmt Stadträtin Krumwiede zu, dass es ein sehr großes Gremium sei mit ca. 40 Mitgliedern, doch man könne keinem der Vertreter seine Berechtigung nehmen und da das Gremium nur zweimal jährlich tage, könne es gut funktionieren. Doch sie bittet noch einmal zu überdenken, ob es sinnvoll sei, kulturelle Auszeichnungen in diesem Rahmen zu entscheiden.

Stadtrat Dr. Schuhmann merkt an, dass im Entwurf angegeben sei, dass die Präsidentin/Präsident der Hochschulen am Kulturbeirat teilnehmen sollen. Doch er denkt es sei sinnvoller, wenn Vertreter der Hochschulen und nicht die Präsidentin/Präsident selber teilnehmen müssen.

Bürgermeister Dr. Deneke-Stoll, teilt mit, dass das geändert werden könne, so dass auch Vertreter teilnehmen können

Stadtrat Achhammer befürchtet, dass die Diskussionen bei einem Beirat mit 40 Personen sehr lange werden können, doch das müsse ausprobiert werden und wenn dann vom Vorsitz gegengesteuert werden. Des Weiteren bittet Stadtrat Achhammer darum, das Jugendparlament in diesem Gremium zu berücksichtigen und aufzunehmen.

Herr Engert führt aus, dass bezüglich der Größe des Gremiums sehr viel nachgedacht worden sei, doch man keine Vertreter rausnehmen wolle. Dennoch plädiert er dafür, das Gremium so zu belassen und nicht noch größer zu machen. Die unterschiedlichen Beratungsgremium sollen jeweils für sich gesehen werde und nicht gegenseitig in den Beiräten vertreten werden. Bezüglich der Vergabe der Preise merkt Herr Engert an, dass die Kunstpreiskommission genauso groß wie der Kulturbeirat sei und deshalb die Vergabe auch im Kulturbeirat stattfinden könne, denn auch dort seien die Sitzungen nicht öffentlich, wenn es um Personen oder bestimmt Themen gehe. Die Vertraulichkeit bei der Kunstpreiskommission habe obwohl genauso viele Vertreter von außen Mitglied seien, wie auch Stadträte, immer gut funktioniert, daher sei das Thema dort gut vertreten und weise dem Kulturbeirat eine wichtige Funktion zu und eine weitere Kommission könne eingespart werden. Zu den zwei Vertretern der Hochschulen erklärt Herr Engert, dass in der Satzung stehe, dass jeder der einen Sitz habe auch einen Vertreter benennen müsse. Insofern müsse die Präsidentin / Präsident unabhängig davon wer an den Sitzungen teilnehmen werde, einen Vertreter benennen, der dann auch an der Sitzung teilnehmen könne.

Die Besetzung sei zudem so gemacht worden, dass nicht zwischen verschiedenen Bewerbern gewählt werden müsse, sondern dass die Besetzung sich aus den Fraktionen ergebe. Das gleiche gelte dann auch beim Kulturbeirat. Bezüglich des Georgischen Kammerorchesters führt Herr Engert aus, dass es sinnvoll sei, den Geschäftsführer dort mit reinzunehmen, wenn damit Einverständnis bestehe, da Herr Zuckermann nicht so oft vor Ort sei und daher vermutet Herr Engert, dass Herr Parera der Vertreter sein werde. Zum Thema Jugendparlament ist Herr Engert der Meinung, dass man darüber noch einmal diskutieren solle. Vermutlich sei es jedoch eine schöne Geste gegenüber dem Jugendparlament, denn dieses haben auch schon einen Arbeitskreis Kultur. Insofern sei es sinnvoll, die Vorsitzende oder den Vorsitzenden einzubinden.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist auch der Meinung, dass es ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Jugendparlament sei. Des Weiteren regt sie bezüglich der Auszeichnung an, das Ganze in Paragraph 5 Ziffer 2 reinzuschreiben, dass die Beratung über Vorschläge zu kulturellen Auszeichnungen nicht öffentlich stattfindet, denn so bleibe die Diskussion bezüglich öffentlich oder nicht öffentlich aus.

Stadträtin Volkwein bittet darum, das Thema noch einmal mit in die Fraktionen zu nehmen und dann erst am 14.12.2021 abzustimmen.

Herr Engert schlägt vor, die Satzung bezüglich der Preise wie diskutiert zu ändern. Das Thema Jugendparlament bittet er noch einmal in den Fraktionen zu besprechen. Bezüglich des Georgischen Kammerorchesters sei der Vorschlag, den Geschäftsführer aufzunehmen und den künstlerischen Leiter zum Vertreter des Geschäftsführers zu machen. Da allerdings der Kulturausschuss vor dem 14.12.2021 nicht mehr zusammentreffen werde, bittet Herr Engert um ein grundsätzliches Signal ob der Ausschuss dem Kulturbeirat zustimmen werde oder nicht.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, dass sich niemand gemeldet habe, der Bedenken bezüglich des Gremiums habe.

Herr Engert bringt vor, dass die drei Vorschläge in die Satzung eingearbeitet werden und die geänderte Satzung an die Fraktionen weitergeleitet werde.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Kenntnisnahme

- 7 . Ausstellungen 2022
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0983/21**

Antrag:

Die Ausstellungsplanung der Museen für 2022 wird zur Kenntnis genommen. Die im Zusammenhang mit dem 550jährigen Jubiläum der Bayerischen Landesuniversität stehenden Ausstellungen sind mit dem Jubiläumslogo gekennzeichnet.

Stadtrat Köhler erkundigt sich bezüglich der geplanten Ausstellungen im Armeemuseum und bei der Audi.

Herr Engert führt aus, dass der Kontakt mit dem Armeemuseum sehr gut sei, doch eher weniger Kontakt zur Audi bestehe. Wenn allerdings der Wunsch bestehe, könne man dort nachfragen, welche Planungen bestehen und dann für 2022 nachfragen. Herr Engert weist darauf hin, dass das Jubiläum der Universität stark in das Ausstellungswesen hineinwirke. Bei allen Ausstellungen, die sich auf das Universitäts-Jubiläum beziehen, sei das Logo des Universitäts-Jubiläums angebracht und daran sehe man, dass ein großer Teil der Ausstellungen sich mit der Geschichte der Universität beschäftigen.

Stadträtin Volkwein möchte wissen, ob die Ausstellung des Kunstvereins vom 01.11.2021 bis 31.01.2022 abgesagt worden sei.

Dr. Schuhmann bestätigt dies.

Kenntnisnahme Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Beratung

- 8 . Projektgenehmigung zum Ausstattungskonzept 2021 bis 2025 zur Digitalisierung von Schulen in Sachaufwandsträgerschaft der Stadt Ingolstadt;
(Referenten: Herr Engert, Herr Kuch, Herr Hoffmann)
Vorlage: V0986/21**

Antrag:

1. Das Ausstattungskonzept zur Digitalisierung von Schulen bis zum Jahr 2025 wird genehmigt.

2. Im Haushaltsjahr 2021 stehen für die geplanten Neu- und Ersatzbeschaffungen zur Digitalisierung der Schulen im pädagogischen Bereich insgesamt 2.119.710 € zur Verfügung.

3. Für die geplanten Neu- und Ersatzbeschaffungen zur Digitalisierung der Schulen im pädagogischen Bereich werden – vorbehaltlich der jeweiligen Haushaltsbeschlüsse im Stadtrat – Haushaltsmittel in folgender Höhe bereitgestellt:

2022:	2.302.910 €
2023:	2.422.150 €
2024:	1.684.700 €
2025:	1.679.900 €

4. Die bereits erteilten Programmgenehmigungen für die Verkabelung der Schulen werden zur Kenntnis genommen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bringt vor, dass ein hoher Gesamtaufwand von insgesamt 10,2 Mio. Euro bis 2025 zu erwarten sei, doch manches auch refinanziert werden könne.

Herr Engert geht darauf ein, dass dies nun der zweite Beschluss zu diesem Thema sei, denn vor einigen Jahren sei bereits ein Beschluss zur Digitalisierung der Schulen eingebracht worden. Der Beschluss habe damals vor allem die Ausstattung der Klassenzimmer betroffen, denn vor 5 Jahren habe niemand an die Möglichkeiten einer solchen Pandemie und an Unterricht außerhalb der Schule gedacht. Durch die Entwicklung sei auch die Nachfrage der mobilen Geräte sehr viel intensiver geworden und auch der Ausbau von W-LAN in den Schulen, da das Übertragen vom Unterricht eine andere Dimension angenommen habe. Dazu sei jetzt ein Folgekonzept aufgelegt worden, das zum einen zeige, in welchen Rhythmen die Geräte ausgetauscht oder erneuert werden müssen. Bezüglich der Refinanzierung erklärt Herr Engert, dass es für die Digitalisierung sowohl Bundes- wie auch Landeszuschüsse gebe, die zum Teil erhebliche Anteile der Kosten abdecken.

Frau Bürkl führt aus, dass bei Nummer vier der Vorlage die verschiedenen Förderprogramme aufgeführt seien. Es gebe eine Förderung des Bundes und zwar den Digitalpakt Bildungsinfrastruktur an bayrischen Schulen, dabei seien der Stadt Fördermittel von knapp 7,5 Mio. Euro in Aussicht gestellt worden.

Das zweite Förderprogramm sei das Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer vom Freistaat Bayern von dem man bereits 1,1 Mio. Euro ausbezahlt bekommen habe. Die Anträge und die Verwendungsnachweise seien bereits gestellt und die restlichen Fördermittel von ca. 330.000 Euro erhalte man bis Ende des Jahres. Des Weiteren seien bereits Fördermittel für Leihgeräte der Schüler und das Sonderbudget Lehrerdienstgeräte eingegangen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hebt vor, dass dies mit sehr vielen Aufgaben und sehr viel Arbeit verbunden sei, doch das komme unabhängig von Corona den Schülerinnen und Schülern zugute.

Stadtrat Achhammer merkt an, dass trotz des Zuschusses von 7,4 Mio. Euro noch ein großer Teil an der Stadt hängen bleibe, da man insgesamt 10 Mio. Euro ausgeben müsse. Er möchte in Erfahrung bringen, ob es in Zukunft weitere Förderungen gebe oder ob die Kosten bei der Stadt bleiben werden, wenn die Geräte irgendwann kaputt gehen oder veraltet seien. Des Weiteren bittet er um Auskunft von Frau Bürkl über die Bedarfe an Schulen, da an einigen Schulen ein doppelt so hoher Bedarf entstanden sei als vorgesehen. Eine weitere Frage von Stadtrat Achhammer bezieht sich auf das Thema Hardware, denn er möchte Auskunft darüber, ob die Dokumentenkameras und die dazugehörigen Whiteboards bis 2025 in allen 20.000 Klassenzimmern eingerichtet werden sollen. Stadtrat Achhammer erkundigt sich auch, ob es für die verbreiteten Apps Explain edu und GoodNotes die jeweils 15 Euro und 8,99 Euro kosten Zuschüsse oder Sonderkontingent von der Stadt gebe. Die letzte Frage betreffe den Internetzugang und die Zuständigkeit der Administration bei verloren gegangen oder vergessenen Passwörtern.

Herr Engert gibt wieder, dass die Höhe des Zuschusses im Moment sehr spürbar und beachtlich sei und die Stadt dadurch sehr entlaste. Bezüglich der Kosten die zukünftig und auf Dauer getragen werden müssen, gebe es bereits Diskussionen zwischen den Städten und dem Freistaat Bayern. Ein erster Ansatz sei, dass teilweise die Personalkosten für die Administration der Geräte durch den Freistaat mitgetragen werden, doch im Moment könne er diese Frage nicht abschließend beantworten. Herr Engert vermutet jedoch, dass es in irgendeiner Form weitere Zuschüsse geben werde, denn ansonsten seien die Städte vor fast unlösbare Aufgaben gestellt. Des Weiteren geht Herr Engert auf das Thema mobile Endgeräte und den Prozentsatz ein, der den Schulen zur Verfügung gestellt werde.

Erstens orientiere sich der Prozentsatz im Moment am Förderprogramm, denn das setze den Rahmen bis zu welcher Größe überhaupt mobile Endgeräte bezuschusst werden. Zweitens sei es nicht das Ziel, die komplette iPad Ausstattung aller Schüler über den öffentlichen Haushalt zu finanzieren. Schulen, die auf iPad Klassen umstellen wollen brauchen dann private Geräte der Schülerinnen und Schüler, denn die Stadt könne weder eine 100-Prozentige Abdeckung der Finanzierung noch der Administration gewährleisten. Herr Engert geht auf die Frage bezüglich der Apps ein und erklärt, dass es ein Budget dafür geben doch die Apps nicht unbegrenzt auf Kosten der Stadt gekauft werden können, sondern es müsse in irgendeiner Form eine Regulierung geben.

Frau Bürkl erläutert, dass für die Apps ein Durchschnittswert von 5 Euro pro Gerät genommen worden sei. Ob das Budget von 5 Euro je iPad dann ausreiche, sei mit der jeweiligen Schule zu klären. Sie schließt sich der Meinung von Herrn Engert an, dass individuell dann ab und zu zusätzliche Mittel bereitgestellt werden können.

Herr Fumy schildert, dass im Moment 1.210 Klassenzimmern als Unterrichtsräume dienen und es in jedem der Zimmer ein Präsentationssystem gebe, das aus einem Beamer, Whiteboard, Dokumentenkamera und PC oder Notebook bestehe und dadurch der Overheadprojektor ersetzt werde. Bezüglich des Zurücksetzens der Passwörter erklärt Herr Fumy, dass im Moment mit den eigenen Geräten der Schule über das W-LAN ohne Passworteingabe ins Netz gegangen werden können. Für den Zugang mit eigenen Geräten der Schüler oder Lehrer werden die Zugangsdaten ausgehändigt. Herr Fumy sehe das im Moment als Testphase und daher werden die Passwörter vom eigenen Personal zurückgesetzt, allerdings sei es gut möglich, dass das in Zukunft dezentral weitergegeben werde.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

9 . Bildungssymposium | Corona & Zukunft

Beratung

**Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 27.09.2021
Vorlage: V0886/21**

Antrag:

Wir, DIE LINKE Stadtratsgruppe bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrates sowie des zuständigen Ausschusses zu setzen. Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt einen mehrteiligen Prozess zu initiieren, bei welchem Vertreter*innen und Stakeholder aller Ingolstädter Bildungsinstitutionen gemeinsam die Folgen der Corona Pandemie auf die Schüler*innen analysieren. Es sollen gemeinsam Defizite analysiert werden und Maßnahmen dargestellt werden um durch kommunale Hilfestellungen Corona-Lücken abzubauen und zukünftigen Anforderungen in Bezug auf digitale Bildung gerecht zu werden.

Begründung: Die Corona Pandemie hat nicht nur eklatante Versäumnisse in Bezug auf unsere digitale Bildungsinfrastruktur zutage gefördert, sondern auch viele Schüler*innen schulisch zurückgeworfen. Gerade in den, für zukünftige Arbeitsplätze wichtigen, MINT Fächern zeigen sich starke Probleme in der praktischen Anwendung. Zudem hat sich durch unterschiedliche finanzielle Möglichkeiten die Bildungsschere weiter vergrößert. Es besteht die Gefahr, dass die Zahl der Schulabbrecher*innen steigt, wodurch nicht nur Menschen auf Dauer in Armut rutschen, sondern auch der Kommune hohe Folgekosten entstehen. Dieser Dynamik frühzeitig mit einem koordinierten Vorgehen entgegenzutreten halten wir daher für nachhaltig und den Umständen angemessen. Zwar liegt der Bildungsbereich nur in Teilen in kommunaler Hand, jedoch haben wir in der Region sozial und wirtschaftlich ein vitales Interesse an einer funktionierenden, alle erreichenden Bildungslandschaft. Es gibt zwar Gelder vom Bund, diese verlaufen sich bisher jedoch in einen Flickenteppich an Einzelmaßnahmen. Mit Hilfe eines entsprechenden Prozesses könnte die Kommune hier entsprechende Hilfestellung leisten, um Synergieeffekte zwischen den Institutionen zu fördern.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0993/21.

Beratung

Beschlussvorlage der Verwaltung
(Referent: Herr Engert)
Vorlage: V0993/21

Antrag:

Der Antrag der Stadtratsgruppe Die Linke vom 27.09.2021 „Bildungssymposium/Corona & Zukunft“ wird nicht weiterverfolgt.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

